

Unternehmertag 3. Dezember 2009

Horst-Werner Maier-Hunke

Präsident

der Landesvereinigung der Arbeitgeberverbände

Nordrhein-Westfalen

Sperrfrist: Frei für 17 Uhr

Es gilt das gesprochene Wort

Meine sehr geehrten Damen und Herren,
zum diesjährigen Unternehmertag der Landesvereinigung der Arbeitgeberverbände Nordrhein-Westfalen heiÙe ich Sie herzlich willkommen. Es freut mich sehr, dass Sie unserer Einladung folgen konnten. Das sage ich vor allem vor dem Hintergrund des Ablaufs des heutigen Abends, der für die nordrhein-westfälische Verbandslandschaft historisch genannt werden kann - dazu später mehr.

Mit ganz besonderer Freude begrüÙe ich den
Ministerpräsidenten des Landes Nordrhein-Westfalen,
Herrn Dr. Jürgen Rüttgers.

Ich danke Ihnen, Herr Ministerpräsident, dass Sie unseren Wunsch erfüllt haben, heute zu uns zu sprechen.

Mein Willkommensgruß gilt den anwesenden Ministern und Staatssekretären, den Abgeordneten des Europäischen Parlaments, des Bundestags und des Landtags, den Partei- und Fraktionsvorsitzenden sowie den Vertretern der Gerichtsbarkeiten, des Konsularischen Corps, der Behörden

und Gewerkschaften, der beiden christlichen Konfessionen und der Jüdischen Kultusgemeinden.

Meine Damen und Herren,

seit 15 Monaten hat uns die Finanz- und Wirtschaftskrise fest im Griff. Wichtige Branchen haben historische Tiefpunkte ihrer wirtschaftlichen Entwicklung erlebt. Die Politik hat spontan und effizient reagiert und damit eine Katastrophe verhindert!

Anders ausgedrückt: die Animation ist geglückt – der Patient Deutschland atmet weiter. Zu diesem Befund lassen uns die jüngsten Konjunkturdaten kommen. Sowohl die Wirtschaftsleistung als auch wichtige Stimmungsbarometer sind in den vergangenen Monaten etwas gestiegen. Aber aller Erleichterung über das Ende der Talfahrt zum Trotz: Deutschland steckt weiterhin tief in der Krise!

Um im Bild des Patienten zu bleiben: Unsere Wirtschaft hat den OP-Saal verlassen, sie liegt aber immer noch auf der

Intensivstation. Die Krisensymptome lassen keinen anderen Schluss zu:

- In den vergangenen zwei Quartalen haben wir lediglich ein Siebtel dessen aufgeholt, was wir in den Quartalen davor an Wirtschaftsleistung verloren haben.
- Über das Jahr 2009 gerechnet wird das deutsche Bruttoinlandsprodukt um 5 Prozent eingebrochen sein. Einen solchen dramatischen Absturz hat es in der Geschichte der Bundesrepublik noch nie gegeben.

Auch in den Unternehmen sind die Krisensymptome weiter unübersehbar:

- Zum Beispiel in unserer nordrhein-westfälischen Industrie. Da liegen Produktion und Auftragseingang derzeit immer noch um rund ein Fünftel unter dem Niveau von 2008.
- Im Maschinenbau des Landes ist der Auftragseingang sogar um mehr als ein Drittel niedriger als im Vorjahr.

Trotzdem haben die Betriebe bislang große Anstrengungen unternommen, Arbeitsplätze zu erhalten. Dieser Mix aus Auftragseinbruch und Beschäftigungssicherung hat allerdings viel Geld gekostet.

Damit ist klar: Je länger die Krise dauert, desto mehr stoßen die Betriebe an ihre finanziellen Grenzen. Nicht wenige Experten befürchten, dass Insolvenzen und Arbeitslosenzahlen im nächsten Jahr ansteigen werden.

Hier müssen wir entschlossen gegensteuern. Angesichts der schwierigen Liquiditätslage brauchen wir dringend bessere Bedingungen für Wachstum, Investitionen und Arbeitsplatzsicherung.

Wir sind uns alle bewusst, dass auf Seiten des Staates die Spielräume dafür begrenzt sind. Die Krise hat auch in den öffentlichen Haushalten tiefe Spuren hinterlassen. Im nächsten Jahr werden sich die Schulden des Staates vermutlich auf rund 80 Prozent der Wirtschaftsleistung summieren – das ist fast doppelt so viel wie zu Beginn der

neunziger Jahre. Die Neuverschuldung wird nach Berechnungen der Sachverständigen auf fünf Prozent des Bruttoinlandsproduktes anschnellen.

Umso wichtiger ist es daher, dass der Staat seine knappen Mittel ganz gezielt dort einsetzt, wo sie die Wachstumsbedingungen am wirkungsvollsten verbessern. Die ersten Pläne der Bundesregierung zeigen vor diesem Hintergrund Licht und Schatten.

Da ist zum Beispiel das Wachstumsbeschleunigungsgesetz, über das der Bundestag am morgigen Freitag abstimmen wird. Es enthält einerseits verfrühte Weihnachtsgeschenke im Wert von 5,5 Milliarden Euro. Das mag die Beschenkten, wie etwa Familien mit Kindern, freuen – nachhaltiges Wachstum entsteht dadurch zwangsläufig aber nicht.

Andererseits verdient das Wachstumsbeschleunigungsgesetz dennoch seinen Namen. Zumindest im Bereich der Unternehmensbesteuerung bringt es wichtige Verbesserungen:

- Die Zinsschranke wird dauerhaft gelockert,
- der Verlustabzug sowie die Übernahme von Familienbetrieben durch Erben erleichtert
- und der Hinzurechnungssatz für Immobilienmieten bei der Gewerbesteuer wird gesenkt.

Mit diesen Reformen korrigiert die Bundesregierung teilweise die krisenverschärfenden Elemente der Unternehmenssteuerreform von 2008. Ohne in Details zu gehen – fest steht: Die Reformen mildern die Besteuerung von Kosten und verbessern die Liquiditätslage der Unternehmen. Das hilft den Betrieben wieder zu investieren und Arbeitsplätze zu erhalten.

Das gleiche gilt für die Pläne in der Sozialpolitik. Die Bundesregierung will die Sozialversicherungsbeiträge unter 40 Prozent halten, der Arbeitgeberbeitrag zur Krankenversicherung soll eingefroren werden. Auch diese Schritte begrenzen die Belastungen für Unternehmen und erleichtern in dieser schwierigen Zeit die Jobsicherung.

Meine Damen und Herren,

so sehr wir diese Detailreformen begrüßen – langfristig werden sie nicht ausreichen, um Deutschland wieder nach vorne zu bringen. Die Bundesregierung hat das erkannt und sich für diese Legislaturperiode einige ehrgeizige Ziele gesetzt. Sie will:

- das Gesundheitssystem reformieren,
- die Einkommenssteuer vereinfachen
- und mehr Geld in Bildung und Forschung investieren.

Das alles ist richtig und wichtig. Gleichzeitig müssen wir angesichts der horrenden Defizite in den nächsten Jahren aber auch die Neuverschuldung in den Griff bekommen – mit Wachstum allein wird das nicht zu schaffen sein. Das heißt: Die geplanten Reformen können wir uns nur leisten, wenn wir an anderer Stelle sparen.

Die Bundesregierung will die Vorgaben der Schuldenbremse und die Maastricht-Kriterien mittelfristig einhalten. Konkrete Sparvorschläge ist sie aber bisher schuldig geblieben.

Die notwendige Konsolidierung muss eingebettet sein in eine Strategie, mit der sich der Staat wieder aus dem aktiven Wirtschaftsgeschehen zurückzieht. In der Krise hat die Bundesregierung massiv in die Wirtschaft eingegriffen. Das war gut. Mit den Konjunkturprogrammen und den Hilfen für die Banken wurde zum richtigen Zeitpunkt die richtige Medizin verabreicht. Sobald die Ausnahmesituation aber beendet ist, müssen wir uns wieder auf die Prinzipien der Sozialen Marktwirtschaft besinnen.

Einer ihrer Erfinder, Walter Eucken, hat das vielleicht wichtigste Prinzip so formuliert: „Die wirtschaftliche Tätigkeit des Staates sollte auf die Gestaltung der Ordnungsformen gerichtet sein, nicht auf die Lenkung des Wirtschaftsprozesses.“

Diese Weisheit sollten wir im wirtschaftlichen Aufschwung nicht vergessen.

Meine Damen und Herren,

klar ist aber auch: Selbst wenn die Bundesregierung sich aus dem Wirtschaftsgeschehen wieder zurückzieht und konsequent den Rotstift bei überflüssigen Transfers ansetzt – der Raum für Zukunftsinvestitionen wird noch über mehrere Jahre sehr, sehr eng sein. Daher ist es wichtig, dass die Politik parallel Maßnahmen beschließt, die das Wachstum fördern, aber wenig Geld kosten.

Reformen im Arbeitsrecht beispielsweise würden keine zusätzlichen Ausgaben verursachen. Die Unternehmen erhielten aber Rechtssicherheit und Kostenentlastungen.

Ein viel versprechender Ansatz ist auch der Bürokratieabbau. Jedes Jahr zahlen die Unternehmen rund 50 Milliarden Euro allein für amtliche Statistiken, Antragsformulare, das Ablegen von Rechnungen und so weiter. Dieses Geld fehlt für notwendige Investitionen – das gilt in der Krise umso mehr.

Wir begrüßen daher, dass die Bundesregierung den Bürokratieabbau zum Wachstumstreiber mit höchster Priorität erklärt hat. Der Nationale Normenkontrollrat wird künftig noch deutlich mehr Bürokratielasten auf Sinn und Unsinn überprüfen. Zudem hat sich die Bundesregierung dazu bekannt, die Bürokratielasten um weitere 5 Milliarden Euro zu senken.

Lobenswert ist auch, dass der Koalitionsvertrag schon konkrete Handlungsfelder benennt – beispielsweise im Arbeitsrecht, im Steuerrecht und im Sozialrecht. Ich hoffe, dass diese Versprechen mehr sind als nur Lippenbekenntnisse.

Meine Damen und Herren,

in dieser schwierigen Situation, in der natürlich auch die nordrhein-westfälische Wirtschaft mit den Auswirkungen der Krise kämpft, begrüßen wir die Initiative der Landesregierung zu dem Bündnis „Gemeinsam für mehr Wachstum“. So sind die darin angestrebte richtige Analyse der Ursachen der Finanz- und Wirtschaftskrise und die

Bewältigung ihrer Folgen entscheidend für die Zukunft des Landes.

Zwar ist der Gesprächsfaden zwischen der Politik und der Wirtschaft des Landes in der Vergangenheit nie abgerissen. Ich denke dabei an Initiativen wie den Branchendialog, die gezielte Clusterpolitik und die Aktion „Pro Industrie“. Eine Neubestimmung ist trotzdem notwendig, weil wir für die Zeit nach der Krise alle Kräfte bündeln müssen.

Wir sind uns, Herr Ministerpräsident, darin einig, dass Wirtschaft und Politik alle Wachstumsbremsen lösen müssen. Lassen Sie uns den so genannten Rhein-Ruhr-Pakt zügig angehen. Zur Erreichung des gemeinsamen Ziels „Mehr Wachstum – Mehr Wohlstand für alle“ im System der Sozialen Marktwirtschaft finden Sie uns an Ihrer Seite.

Meine Damen und Herren,

Soziale Marktwirtschaft und Tarifpartnerschaft – und damit Gewerkschaften und Arbeitgeberverbände - stehen in einem unmittelbaren Zusammenhang. Die verfassungsrechtlich verankerte Tarifautonomie ist ein wesentlicher Bestandteil unserer Demokratie und unserer Gesellschaftsordnung. In Zeiten der Finanz- und Wirtschaftskrise wird dies besonders deutlich. Denn momentan fällt den Tarifvertragsparteien aller Branchen in Nordrhein-Westfalen besondere Verantwortung zu.

Die Sozialpartner können sich nicht unter Hinweis auf nebulöse politische Ziele aus der Affäre ziehen und damit aus der Verantwortung stehen. Sie haben jetzt die wichtige Aufgabe, Rahmenbedingungen bereitzustellen, die es den Unternehmen erlauben, so viele Mitarbeiter wie eben möglich und wirtschaftlich vertretbar an Bord zu halten.

Dabei ist die konjunkturelle Kurzarbeit finanziert über die Bundesagentur für Arbeit nicht das Allheilmittel. Wir werden noch ganz andere Wege beschreiten müssen, um Unternehmen zu unterstützen, die etwa nach längerer Kurzarbeit in Liquiditätsprobleme gekommen sind.

Andererseits müssen wir aber auch klar sagen, dass die Krise strukturelle Probleme einzelner Branchen in NRW sehr deutlich hat zu Tage treten lassen. Hier wird sich ein Personalabbau nicht vermeiden lassen.

Unternehmen und Tarifpartner müssen verhindern, dass dort der Bogen Kurzarbeit überspannt wird. Die Folge wäre, dass ganze Industriestrukturen in NRW gefährdet würden. Man darf eben den Moment für das Ziehen der betriebswirtschaftlichen Reißleine nicht verpassen, sonst wird die Kurzarbeit zum süßen aber tödlichen Gift.

Die Tarifparteien haben aber auch Mittel und Wege, den unvermeidlichen Personalabbau für die Betroffenen nicht zum Sturz ins Bergfreie werden zu lassen. Wir haben schon sehr früh vorgeschlagen, Transfergesellschaften auch für Sozialpläne in kleineren und mittleren Unternehmen bezahlbar und organisierbar zu machen. Es gibt nach wie vor erfolgversprechende Wege aus dem Transfer zurück in

den ersten Arbeitsmarkt. Dies gilt insbesondere auch für ältere Arbeitnehmer.

In diesem Zusammenhang fällt der Zeitarbeit eine ganz wichtige Rolle zu. Ich habe überhaupt kein Verständnis dafür, dass dieses moderne flexible Instrument des Arbeitsmarktes immer noch so verteufelt wird.

Meine Damen und Herren,

ich bin zutiefst davon überzeugt, dass wir am Ende dieser Krise mit qualifizierten Belegschaften in den Aufschwung starten werden. Wir werden damit den entscheidenden Vorteil vor unseren Wettbewerbern haben. Gerade wir in Nordrhein-Westfalen haben den sozialen Dialog seit jeher gepflegt. Dafür sind wir manchmal auch aus dem eigenen Lager heraus kritisiert worden. Jetzt müssen wir und werden wir beweisen, dass der tarifliche und soziale Dialog nicht nur eine Schön-Wetter-Veranstaltung war. Ich weiß nicht, ob die Soziale Marktwirtschaft wirklich in NRW erfunden wurde, wie der Ministerpräsident des Landes bisweilen behauptet.

Ich bin aber ganz sicher, dass diese Soziale Marktwirtschaft in unserem Bundesland besonders geachtet und gelebt wird. Das ist und bleibt unsere Stärke.

Meine sehr geehrten Damen und Herren,
eine starke Gesellschaft, in der immer mehr Einzelinteressen und Einzelmeinungen artikuliert werden, braucht ein gemeinsames und geschlossenes Auftreten der Wirtschaft – gerade in Zeiten der Krise und darüber hinaus. Wer mit einer Stimme spricht wird besser gehört! Wer geschlossen auftritt, kann mehr erreichen!

Darum freue ich mich, Ihnen hier und heute ein für die nordrhein-westfälische Verbandswelt historisches Ereignis bekannt geben zu können: Nämlich die Fusion der Landesvereinigung der Arbeitgeberverbände Nordrhein-Westfalen mit der Landesvertretung des Bundesverbandes der Deutschen Industrie.

Die Landesvereinigung hat am 26. November 2009 elf neue Mitglieder aus dem Bereich der Wirtschaftsverbände zum 1. Januar 2010 aufgenommen.

- Am 30. November hat der Vorstand des BDI in Berlin der Landesvereinigung die Vertretung des BDI in Nordrhein-Westfalen übertragen.
- Heute Nachmittag hat die Mitgliederversammlung der Landesvereinigung die für die Fusion notwendigen Satzungsänderungen einstimmig beschlossen.

Damit steht fest: Aus der Landesvereinigung der Arbeitgeberverbände wird die Landesvereinigung der Unternehmensverbände. Aus arbeitgeber nrw wird unternehmer nrw!

Ab dem 1. Januar 2010 sind Wirtschafts- und Arbeitgeberverbände unter einem gemeinsamen Dach vereinigt. Die Stimme der Wirtschaft wird stärker, sie gewinnt noch mehr an Gewicht.

Als neue Mitglieder der Landesvereinigung begrüße ich sehr herzlich:

- den Bundesverband Glasindustrie,
- den Wirtschaftsverband Stahl- und Metallverarbeitung,
- den Bundesverband der Deutschen Entsorgungswirtschaft,
- die Wirtschaftsvereinigung Stahl,
- den Verband der chemischen Industrie Landesverband NRW,
- den Bundesverband der Deutschen Gießerei-Industrie,
- den Zentralverband der Deutschen Elektroindustrie,
- den Bundesverband der Deutschen Zementindustrie,
- die Wirtschaftsvereinigung Metalle
- den Wirtschaftsverband der rheinisch-westfälischen papiererzeugenden Industrie
- und den Bundesverband der Deutschen Kalkindustrie.

Wir freuen uns auf eine gute und partnerschaftliche Zusammenarbeit mit Ihnen und dem BDI in Berlin. Herzlich Willkommen!

Gleichzeitig möchte ich fünf Verbänden danken, die bereits Mitglieder der Landesvereinigung sind. Sie werden sich ebenfalls besonders in dem neuen Bereich Wirtschafts- und Umweltpolitik engagieren.

Dieses sind der Verband der nordwestdeutschen Textil- und Bekleidungsindustrie, der Gesamtverband Steinkohle, der Bauindustrieverband Nordrhein-Westfalen, der Wirtschaftsverband der Baustoffindustrie Nordwest und der Wirtschaftsverband Baustoffe Naturstein.

Auf weiterhin gute Zusammenarbeit!

Meine sehr geehrten Damen und Herren,
diese Fusion ist gut für die Wirtschaft. Sie ist aber auch ein Signal an die Landesregierung, an die Parteien, an die Gewerkschaften und die Öffentlichkeit. Ihnen versprechen wir: Auch die neue Landesvereinigung wird ein verlässlicher Partner sein. Wir setzen auf einen engen Dialog: zum Wohl unserer Unternehmen, zum Wohl unserer Beschäftigten und zum Wohle Nordrhein-Westfalens!

Meine Damen und Herren,
ich übergebe nun an Herrn Arndt Kirchhoff, den
Vorsitzenden des BDI / BDA Mittelstandsausschusses. Er
wird für den Bundesverband der Deutschen Industrie zu uns
sprechen.

Herr Kirchhoff, Sie haben das Wort.